

Grenzfragen: Die Türkei an der Schwelle der EU

Sylvie Goulard

Baha Güngör

Veranstaltung vom 28. Juni 2006



Akademiegespräche
im Landtag

Akademie für
Politische Bildung
Tutzing



Grenzfragen: Die Türkei an der Schwelle der EU

Impressum

Tutzing/München 2006

Herausgeber:

Bayerischer Landtag

Abteilung Parlamentarische Dienste

Maximilianeum, 81627 München

www.bayern.landtag.de

Akademie für Politische Bildung

Buchensee 1, 82327 Tutzing

www.apb-tutzing.de

Begrüßung

Alois Glück

Präsident des Bayerischen Landtags

Einführung

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter

Direktor der Akademie für Politische Bildung Tutzing/Universität Passau

Vortrag

Grenzfragen: Die Türkei an der Schwelle der EU

Sylvie Goulard

Institut d'Etudes Politiques de Paris

Baha Güngör

Deutsche Welle, Bonn

Auszüge aus der Diskussion

Alois Glück

Präsident des Bayerischen Landtags

Begrüßung

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Beinahe wäre ich verleitet zu sagen: Meine sehr verehrten, besonders hitzebeständigen Damen und Herren! Ich begrüße Sie sehr herzlich zu unserer 28. Veranstaltung in der Reihe Akademiegespräche im Bayerischen Landtag. Das ist eine Veranstaltungsreihe in Zusammenarbeit mit der Akademie für Politische Bildung in Tutzing, deren Leiter, Herrn Prof. Heinrich Oberreuter, ich herzlich danke für diese Zusammenarbeit und auch für die Ideen und die Themenauswahl!

Neben der EU-Verfassung ist kaum ein europapolitisches Thema so heiß diskutiert und umstritten wie der in Aussicht gestellte EU-Beitritt der Türkei; und dies nicht nur in Deutschland. Die formelle Aufnahme der Beitrittsverhandlungen vor zwei Wochen am 12. Juni gibt daher unserer heutigen Thematik eine besondere Aktualität. Dieses Thema und die Diskussionen werden uns sicher die nächsten Jahre begleiten, denn es ist jedenfalls ein längerer Weg.

Die türkische Regierung bemüht sich, ein hohes Reformtempo im Lande anzuschlagen, um den Maßstäben und Erwartungen der EU und den Kriterien für eine Aufnahme gerecht zu werden. Es gibt andererseits viele

Stimmen, die sagen, die praktische Umsetzung in ganz wichtigen Bereichen sei holprig oder noch nicht in einem Stadium, das den Maßstäben der EU entspreche. Man kann auch zunehmend in unseren Medien lesen, dass dies auch innerhalb der Türkei ein strittiges Thema wird. Berichte über EU-Unlust häufen sich. Als Leser oder Fernsehzuschauer oder Radiohörer kann man natürlich selbst nicht beurteilen, wie zutreffend das ist. Mir wird dabei übrigens wieder sehr bewusst, wie sehr wir auf die Brille von Auslandskorrespondenten angewiesen sind, wenn es um Informationen über andere Länder, Regionen und Ereignisse geht.

Aber es leben viele Mitbürgerinnen und Mitbürger türkischer Abstammung in unserem Land. Wir spüren in Gesprächen, dass die Frage des EU-Beitritts für sie ganz wichtig ist. Sie denken weniger in großen staatspolitischen Kategorien, sondern es ist nach meinem Eindruck für sie die Frage, inwieweit sie, ihre Kultur, ihr Land, als gleichwertige Partner anerkannt werden.

Es ist also ein Thema mit vielen Facetten, ein wichtiges Thema, und es ist nicht dadurch leichter geworden, dass uns immer mehr innerhalb der Europäischen Union bewusst

wird: Wir haben keine Klarheit über die Identität der Europäischen Union. Was macht eigentlich die Europäische Union aus? Wir haben für den Beitritt die Kopenhagener Kriterien, aber wenn man diese formal betrachtet, dann könnten noch viele Staaten dieser Erde einen Antrag stellen auf Beitritt zur Europäischen Union. Wir spüren es auch in der Diskussion um die Europäische Verfassung, dass wir ein Defizit haben, inwieweit die EU eine Wertegemeinschaft ist, was diese Werte sind und inwieweit sie dabei offen ist. Die eigene Unsicherheit erschwert gleichzeitig die Frage nach der Aufnahme, nicht nur der Türkei, sondern es wird sicher zunehmend ein schwieriges Thema werden innerhalb der Europäischen Union, wie viele weitere Mitglieder die Europäische Union überhaupt verkraftet.

So gesehen ist es nicht nur eine Erwartung an Beitrittsländer und Antragsteller, sondern es beginnt zunehmend eine Diskussion innerhalb der Europäischen Union darüber, dass die Erweiterung noch nicht verkraftet, verarbeitet, verdaut ist. Wir haben es vor der Erweiterung der Europäischen Union nicht fertig gebracht, die Vertiefung zu vollziehen. Es galt immer die Reihenfolge: Vertiefung vor Erweiterung. Wir

haben die Vertiefung im Sinne einer Umstrukturierung oder Umorganisation verstanden, die uns handlungsfähiger macht, die die Aufgabenverteilung innerhalb der Europäischen Union neu regelt. Wir haben es in der alten Gemeinschaft der Europäischen Union nicht geschafft, dies zu klären. Es ist gleichwohl die Erweiterung erfolgt, und nun stehen wir vor immer mehr Problemen.

Ich glaube, das ist sehr wichtig, auch wenn es heute Abend primär um die Frage geht, wie die Situation in der Türkei ist, auch hinsichtlich des Islam, und all die Fragen, die dabei zu bedenken sind im Hinblick auf das Thema Erweiterung und Neuaufnahme. Es geht zunehmend um die Innenverfassung der Europäischen Union und was sie verkraften kann. Herr Prof. Oberreuter hat die Referentin und den Referenten des heutigen Abends vorgeschlagen und ausgewählt. Ich habe gerne zugestimmt, und deshalb will ich es ihm überlassen, beide vorzustellen.

Ich begrüße herzlich Frau Sylvie Goulard aus Frankreich, mit den deutsch-französischen Beziehungen eng vertraut. Vielen Dank, dass Sie aus dem Nachbarland zu uns gekommen sind.

Herr Baha Güngör ist deutscher Staatsbürger, in Deutschland gebo-

ren, in der Publizistik beruflich unterwegs. Auch Ihnen ein herzlicher Gruß.

Nun tritt die Politik ab und die Wissenschaft hat das Wort: Herr Professor Oberreuter!

**Prof. Dr. Dr. h.c.
Heinrich Oberreuter**
Direktor der Akademie für
Politische Bildung Tutzing
Universität Passau

Einführung

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Präsident hat Sie als die besonders hitzebeständigen Teile der bayerischen Gesellschaft begrüßt. Ich füge hinzu: Wir werden versuchen zu vermeiden, dass zu der Hitze draußen auch noch hier im Saal eine hitzige Diskussion entsteht; denn dieses Thema ist diskussionsträchtig. Wenn allein ein so kühler linker Historiker wie Hans-Ulrich Wehler einen Beitrag schreibt mit der Überschrift „Verblendetes Harakiri - Der Türkeibeitritt zerstört die EU“, dann sieht man eigentlich, wie schwierig es ist, dieses Thema in nüchterner Rationalität zu behandeln, wie wir das hier in unseren Gesprächen und in unserer Arbeit immer zu tun pflegen. Wir sind stolz darauf, dass uns das gelingt. Herr Quaisser, dessen Personalkennntnis nicht ganz unbeteiligt an der Auswahl der Referenten von heute ist, hat versichert, die beiden könnten Konflikte auf bayerisch-kommode Art austragen. Darauf sind wir sehr gespannt. Sie sind mit den deutschen Verhältnissen so gut vertraut, dass sie genau wissen, dass man in Bayern Konflikte auch auf eine sehr inkommode Art austragen kann. Wir werden uns heute mit Sicherheit der anderen Methode befleißigen.

Wenn man über Europa redet und über dieses Thema, fallen mir meist zwei Worte ein. Zunächst das Wort von Karl Jaspers: „Europa, das ist die Antike und die Bibel“ (aus einem Vortrag des Jahres 1946). Kardinal Ratzinger hat vor Jahren hinzugefügt, das Erbe der Neuzeit gehöre zu Europa dazu; das heißt, Europa ist: Antike, Bibel und Aufklärung. Das zweite ist ein Wort, das der ehemalige Ministerpräsident Yılmaz bei einer unserer Tagungen, bei der wir uns auf die Suche nach den Werten Europas vor dem Hintergrund des Türkeibeitritts gemacht haben, gesprochen hat: „Sagt uns doch gleich, Ihr mögt uns nicht, weil wir Muslime sind“. Das ist durchaus mit der Kern der Auseinandersetzung. Es geht nicht alleine um Kulturen, es geht um die Frage der kulturellen Verträglichkeit speziell dann, wenn die Legitimität der EU, die Zustimmung der Bürger, die Akzeptanz insgesamt zur Disposition stehen. Wenn diese Zustimmung ins Spiel kommt, dann lautet die Frage: Was verträgt der europäische Bürger? Was will er ertragen und wie aufgeklärt ist er, um auch vernünftig zu entscheiden, was er ertragen kann und will, und vielleicht zu entscheiden, was er ertragen soll?

Zum zweiten: geht es um Sicherheit,

also um die berühmten geostrategischen Argumente, die uns in der Diskussion immer wieder – insbesondere aus amerikanischen Interessen – vorgestellt worden sind. Allein durch den Zusammenbruch der Sowjetunion hat sich diese Frage neu konfiguriert. Manches, was man der Türkei in der alten Konstellation der Welt vor 1989 angeboten hat, sieht heute in der neuen Konstellation ganz anders aus. Das muss natürlich eine Nation, der man unter bestimmten Voraussetzungen Versprechungen oder Andeutungen von Versprechungen gemacht hat, nicht unbedingt begeistern, wenn sich die Drehbühne der Weltpolitik ein Stückchen weiter verrückt hat und man dieser Nation hinterher sagt, so sei es nicht gemeint gewesen. Die Frage ist nur, ob dieses geostrategische Argument immer richtig war. Ich nehme nicht an, dass die Türken, deren sicherheitspolitisches Potenzial bei allfälligen Konflikten im Nahen Osten ins Gespräch gebracht worden ist, ein ausgeprägtes Interesse daran besitzen, in kriegerische Auseinandersetzungen mit ihren islamischen Nachbarn verwickelt zu werden. Die andere alte Formulierung, ob die Europäer unbedingt Interesse daran haben müssen, Außengrenzen mit Syrien, Armenien, Aserbeidschan, Iran und

Irak zu besitzen und von daher in Krisenregionen mit eingebunden zu werden, die instabil sind, diese alte Frage ist im Kontext der angeblichen geostrategischen Vorteile auch zu stellen.

Und geht es schließlich zum dritten um Wirtschaft? Natürlich geht es um Wirtschaft! Die Frage ist aber, ob die wirtschaftlichen Interessen für die europäische Integration allein genügen. Diese Frage stellen wir uns ja auch im Rahmen der alten Union. Wir wollten nie Freihandelszone werden, zumindest die Deutschen wollten es nicht. Es kann ja sein, dass wir Brüssels und Europas überdrüssig werden – ich ironisiere das jetzt – und der Vorteile, die durch die europäische Integration auf uns gekommen sind, nicht mehr so ganz gewärtig sind durch neue Generationen, die in all dem keine Leistungen mehr sehen, sondern Zustände, die man halt übernommen hat und deren Genese irgendwann in grauer Vorzeit liegt. Die zeitgeschichtliche Leistung von De Gasperi, Schumann, Adenauer, Monnet und anderen ist eigentlich dieser jungen Generation nicht mehr geläufig. Diese Europaidee, wenn ich das richtig sehe, hatte ihre größte Attraktivität zu den Zeiten, zu denen sie als Utopie in den Sternen hing. Aber in dem Augenblick, als

diese Utopie erdschwer geworden ist, in die Routine der politischen Auseinandersetzungen eintrat, und vor allen Dingen in mitternächtlichen und postmitternächtlichen europäischen Sitzungen, bei denen auch noch gelegentlich die Uhren angehalten werden müssen, in diesen Mahlstrom der Routine eingetreten ist, in diesem Augenblick hat die Idee an ihrer eigentlichen Attraktivität für viele sehr vieles verloren. Aber sie bleibt attraktiv. Sie geht natürlich in dem, was angelegt ist, über die Freihandelszone hinaus. Da können sich die, die im Beitritt der Türkei auch einen gesellschaftlichen Fortschritt, einen kulturellen Brückenschlag sehen, damit nicht zufrieden geben, dass es heißt: Was 1963 versprochen worden ist, das ist durch die Zollunion schon hergestellt und könnte durch die Freihandelszone, wenn sie weiter ausgeprägt errichtet werden würde, einer Vollendung zugeführt werden, die dann eigentlich die Integration, den vollkommenen Beitritt überflüssig macht.

Besteht überhaupt ein Beitrittsversprechen gegenüber der Türkei seitens der EU?, wird gefragt. Die Befürworter sagen ja und beziehen sich auf einen Deutschen, nämlich Walter Hallstein, und den Assoziierungsvertrag von 1963. Die Gegner

sagen nein, denn dies sei keine verbindliche Voraussetzung und die Weltgeschichte habe sich mittlerweile weiter gedreht, und die Bedingungen seien nicht mehr dieselben wie ehemals.

Passt die Türkei kulturell zu Europa?

Die Befürworter sagen ja, und sie verweisen nicht zuletzt aus guten Gründen in Deutschland, wo es gute und freundliche Beziehungen über Jahrhunderte gibt, auf eine lange Tradition dieser Beziehungen und gegenseitigen Beeinflussungen. Die Gegner verweisen darauf, dass das Osmanische Reich wesentliche kulturelle Epochen Europas nicht nachvollzogen hat, dass es sich im Gegensatz zu Europa definiert hat: Religion, Aufklärung, Humanismus spielen dabei eine wichtige differenzierende Rolle, wobei wir nicht unbedingt nur stolz sein dürfen auf das, was bei uns im Namen von Religion, Aufklärung und Humanismus in der Geschichte angerichtet worden ist. Ich glaube, wir sollten auch aufhören, uns stolz als Kinder des christlichen Abendlandes zu definieren, in einer Situation, in der das christliche Abendland für die meisten von uns, also die Gesellschaft insgesamt, keine ausschlaggebend identitätsstiftende Bedeutung mehr besitzt. Wie kann eine entchristlichte

Gesellschaft Fragen wie diese unter Bezugnahme auf das Christentum definieren und entscheiden wollen, die noch nicht einmal in der Lage ist, einen Gottesbezug nach polnischem Beispiel in die Europäische Verfassung hineinzuschreiben. Die Polen haben festgestellt: Wir berufen uns auf diese Werte und rufen die an, die an Gott glauben; wir rufen aber auch die an, die diese Werte aus anderen Begründungen herleiten. Das ist eine hervorragende Formel, aber in Europa konnte man sich darauf nicht einigen. Also fragt sich, ob wir uns das Christliche zu Recht zuschreiben. Ist die Türkei ein sicherheitspolitischer Gewinn oder ein Risiko? Dazu habe ich schon einiges gesagt. Kann die Türkei sich auf absehbare Zeit politisch und wirtschaftlich erfolgreich in die EU eingliedern? Da sagen viele: Manches ist unterwegs. Die anderen sagen: Das reicht nicht. Die Befürworter sagen: Wir brauchen die EU, damit die Entwicklung in der Türkei in Wirtschaft und auch, was die Menschenrechten, weiter voranschreitet. Das Letzte ist das Thema, das der Präsident schon angesprochen hat, nämlich die Frage: Welche Rückwirkung hätte eine solche Erweiterung auf die ohnehin von Krise zu Krise eilende Union selbst? Wird sie nicht

„overstretched“, noch dazu, wenn man an manches andere denkt, was an Versprechungen unterwegs ist? Das ist in etwa der Spannungsbogen, der heute Abend zu durchschreiten ist, und es gibt sicher noch das eine und andere dazu.

Ich bin dankbar, dass Frau Goulard und Herr Güngör uns zugesagt haben. Nun soll ich sie auch noch vorstellen, und in Respekt vor einem präsidentialen Auftrag tue ich das natürlich und sage, dass Frau Goulard als junge Dame natürlich keinen Geburtsjahrgang hat. Sie hat an der ENA studiert, sie ist also eine „ENArchin“, wie das so schön heißt; sie hat zahlreiche politische Erfahrungen gesammelt in Planungsstäben, Gremien, ist glänzend ausgewiesen für dieses Thema; kommt von Sciences Po, einer politikwissenschaftlichen Einrichtung, die auch in Deutschland ihresgleichen sucht; lehrt in Brügge am Europa-Kolleg. Vor allen Dingen hat sie ein Buch geschrieben mit dem Titel „EU – Türkei. Eine Zwangsheirat?“. Das ist der deutsche Titel. Der ist pikant, weil er mit der „Zwangsheirat“ auch auf kulturelle Differenzen anspricht, die für viele den potenziellen Beitritt prinzipiell diskreditieren. Herr Güngör hat einen Jahrgang. Er ist 1950 in Istanbul geboren, ist

deutscher Staatsbürger seit 1978, ist im Wesentlichen journalistisch ausgewiesen, spricht ein rheinisches Deutsch ohne jeden türkischen Akzent. Er hat für Zeitungen und Rundfunkanstalten in der Türkei und in Griechenland gearbeitet und ist jetzt seit langem Leiter der türkischen Redaktion der Deutschen Welle. Er hat auch ein Buch geschrieben, sozusagen das Gegenmanifest: „Die Angst der Deutschen vor den Türken und ihrem Beitritt zur EU“. In diesen beiden Büchern erkennen Sie erneut den Spannungsbogen, um den es hier geht. Ich hielt das Thema für zu brisant, um diesem Haus als gastlicher Stätte eine einzige Position zuzumuten. Man muss gewiss auch manches profiliert zur Kenntnis nehmen. Dieses Thema verträgt die kontroverse Darstellung, und deswegen bin ich froh und dankbar, dass ich das Wort weitergeben kann auf die zum Thema eigentlich Kompetenten. Ich darf Ihnen noch einmal herzlich für die Kooperation danken, Herr Glück, und beziehe Herrn Maicher und seine Mannschaft mit ein. Frau Goulard, bitte.

Sylvie Goulard

Institut d'Études Politiques de Paris

Guten Abend, meine Damen und Herren. Es freut mich sehr, hier zu sein, vielen Dank für die Einladung. Als ich in Brüssel in der Kommission war, habe ich mir immer die Zeit genommen, regelmäßig nach Bayern zu kommen, weil ich das Gefühl habe, hier interessiert man sich für Europa – nicht immer sehr freundlich, aber mindestens das Interesse ist da. Die französische Version meines Buches ist 2004 erschienen, und ich hatte damals versucht, wenn möglich rechtzeitig die Notbremse zu ziehen. Mit wenig Erfolg. Aber das erzähle ich, weil es mir am Herzen liegt, ganz genau zu erklären, dass es nicht meine Absicht ist, gegen die Türken zu argumentieren oder gegen irgendein Land, das der EU beitreten will, sondern den Europäern klar zu machen, dass Europa sich in einem schwierigen Zustand befindet. Mein Ausgangspunkt ist nicht die Türkei – ich bin keine Türkespezialistin –, es ist die EU, und leider hatte ich gehnt, dass die Mischung des Themas Erweiterung und Verfassungsvertrag zu einer Katastrophe führen könnte – und genau das ist letztes Jahr in Frankreich und auch in den Niederlanden passiert. Ich glaube, wir dürfen unsere Unterschiede nicht zu sehr überschätzen. Wenn in Frankreich der Vertrag vom Parlament ver-

abschiedet worden wäre, hätten wir auch eine bequeme Mehrheit gehabt. Ich weiß nicht, was in anderen Ländern passiert wäre, aber ich kann mir vorstellen, dass Themen wie der Euro oder andere dazu beigetragen haben könnten, dass das Ergebnis negativ war. Also ich glaube, wir sitzen alle im selben Boot. In diesem Feld gibt es keine Wahrheit. Ich beanspruche nicht, die Wahrheit zu kennen. Wir stehen vor einer politischen Wahl: Was wollen wir mit der EU machen? Ich respektiere sehr die Argumente der Leute, die für einen Türkei-Beitritt sind. Meine Absicht war wirklich, eine Debatte zu eröffnen und zu ermöglichen, damit vor der Öffentlichkeit rechtzeitig die Pro- und Contra-Argumente besprochen werden, was bis jetzt leider nicht der Fall gewesen ist.

Zweite Bemerkung: Ich bin auch nicht negativ. Ich glaube weiter an eine europäische Integration. Sehr oft wirft man nämlich den Leuten, die Beitrittsgegner sind, eine Art von Angst vor der Zukunft vor. Ich habe keine Angst vor der Zukunft und ich habe noch die Überzeugung, dass Europa unsere Zukunft ist, unsere gemeinsame Zukunft. Aber eben weil es besonders wichtig ist für uns und für unsere Kinder, müssen wir das sehr ernst nehmen und Entschei-

dungen treffen, nachdem wir wirklich intensiv zusammen diskutiert haben.

Und das ist meine letzte Vorbemerkung: Ich werde hier vielleicht ein bisschen die französische Position erklären, die ein bisschen anders ist als die deutsche, weil die Zahl der Franzosen türkischer Abstammung oder die Gemeinschaft der Türken in Frankreich viel kleiner ist als in Deutschland, und im Vergleich zu Deutschland haben wir sehr viele Leute aus Nordafrika, was auch bei uns andere Fragen aufwirft. Ich komme später zu diesem Thema.

Ich möchte gerne drei Probleme oder drei Fragen mit Ihnen besprechen. Die erste Frage ist die Frage der Demokratie. Ich glaube, das Hauptproblem in dieser ganzen Geschichte ist nicht, dass man für oder gegen den Türkei-Beitritt ist, sondern dass viele Menschen einfach noch nicht davon gehört hatten und jetzt nach und nach entdecken, dass Entscheidungen getroffen worden sind. Also ist für mich das erste Problem die Demokratie. Zweitens: Ich habe das Gefühl, dass dieser Beitritt der politischen Vision der Gründerväter der EU schlicht und einfach widerspricht. Man kann anderer Meinung sein, man kann sagen: Gut, die EU hat

sich verändert, die Welt hat sich verändert, aber das ist mindestens eine Debatte wert. Drittens – und ich komme absichtlich am Ende zu diesem Thema –, will ich ein Wort über Islam und Kultur sagen.

Also zuerst Demokratie. Herr Steinmeier hat mir ein kleines Geschenk gemacht, er hat heute in der Bild-Zeitung ein Interview gegeben unter dem Titel: „Keine Endlosdebatten über Türkeibeitritt“. Mein Kampf ist seit zwei Jahren, dass die Debatte rechtzeitig stattfindet. Seit Jahren hört man von dem türkischen Beitritt. Aber die Art und Weise, wie unsere Regierungschefs verhandeln, ist die folgende: Der Europäische Rat, das heißt, die Premierminister, Kanzler und andere treffen sich und entscheiden; sie versprechen auf höchster Ebene. Helsinki 1999: 15 Staats- und Regierungschefs Europas versprechen den Türken, den Kandidatenstatus zu geben. Wäre ich Türkin, würde ich mir sagen: OK, die haben es versprochen. Und ich verstehe, warum die Türken das so sehen. Aber wer hat davon gehört in Europa? Wer hat Herrn Schröder damals wirklich beauftragt, so eine Entscheidung zu treffen? Ich will nicht von Deutschland reden, aber in Frankreich hat keiner Chirac damals

beauftragt, das zu tun. Und wenn ich beobachte, wie die nationalen Wahlen stattfinden, in Deutschland letztes Jahr, in Italien vor kurzem, wahrscheinlich in Frankreich nächstes Jahr, werden die europäischen Themen sehr wenig diskutiert. Es gibt ein paar Veranstaltungen, es gibt ein paar Absätze in den Programmen oder Koalitionsverträgen, aber das ist kein Hauptthema der nationalen Wahlen. Und dann tagen zusammen Leute, die zwar ihr Land vertreten, aber die nie wirklich ein Mandat bekommen haben, über diese Themen zu diskutieren. Und da liegt eines der Probleme der Europäischen Union. Einerseits verstehe ich, warum die Staats- und Regierungschefs sagen: Wir haben unser Wort gegeben. Aber andererseits darf man auch nicht erstaunt sein, wenn man das Gefühl hat, die Bürger fühlen sich nicht eingebunden. Da gibt es eine Kluft, die sehr gefährlich ist – gefährlich für uns, gefährlich für die Gesprächspartner. Das ist der Hauptgrund, warum ich dieses starke Bild der Zwangsheirat genommen habe: Weil ich immer noch der Meinung bin, die EU ist nicht nur Diplomatie, sie ist eine Staaten- und eine Bürgerunion, in der wir, Bürgerinnen und Bürger, ein Wort zu sagen haben. Mit einer rechtzeitigen Debat-

te vorher wäre es ein bisschen fairer, nicht nur für unsere Bevölkerung, sondern auch für die Türken. Seit 1963 herrscht Unklarheit. Walter Hallstein hat sich sehr engagiert, aber er war damals der Meinung, wir werden kurzfristig in Europa einen Bundesstaat haben und nicht nur die EG für die Ewigkeit, oder die EU, wie sie jetzt ist. Charles de Gaulle hat zu diesem Thema überhaupt nichts gesagt. Es war die Zeit des Kalten Krieges. Es ist unmöglich, von ihm eine Erklärung zu finden, bei der man das Gefühl hat, er fühlt sich engagiert. Ich glaube, wir müssen auch vor den Türken ganz ehrlich bekennen: Wir haben versucht, mit der Zeit zu spielen. Diese Art und Weise, sich etwas vorzuwerfen, Versprechen oder nicht Versprechen, das ist ein bisschen absurd zwischen Erwachsenen. Ich glaube, historisch gesehen war die Situation von vorne herein zweideutig. Und die Frage ist jetzt, beseitigen wir die Zweideutigkeit oder machen wir so weiter?

Leider sind die letzten Stufen – ich will das nicht wiederholen – aber auch ohne kontroverse Diskussion durchlaufen worden. Vor allem habe ich es sehr bedauert, dass z. B. der Bericht der Kommission im Oktober 2004, in dem die Kommission anerkannt hat, dass die Türkei den so

genannten Kopenhagener Kriterien entspricht, also Menschenrechte, Marktwirtschaft, Bereitschaft, den so genannten Acquis communautaire zu übernehmen, dass dieser Bericht auch nicht diskutiert worden ist. Das wäre interessant gewesen, zum Beispiel mit Experten von amnesty international die Gesichtspunkte zu kontrollieren. Wer sich wirklich anschaut, wie diese Berichte aussehen, kann sofort sehen, dass die Kommission gut gearbeitet hat. Das heißt, der dicke Bericht beinhaltet sehr, sehr viele Vorbehalte oder negative Bemerkungen. Aber dann kam die politische Ebene: Der damalige EU-Kommissar für Erweiterung, Günther Verheugen, hat damals einen Bericht geschrieben, der sehr politisch orientiert war. Das Glas war halb leer oder halb voll – das ist immer eine Frage der Interpretation. Aber wenn in einer solchen Situation mehr Raum zur Debatte da ist, dann ist es auch besser für alle Teilnehmer. Hier kommt Frankreich ins Spiel. Chirac ist auf die Idee gekommen: Gut, bis jetzt haben wir das nicht demokratisch genug gemacht, dann versuche ich, es sehr demokratisch zu machen. Er kam letztes Jahr auf die geniale Idee, eine Volksabstimmung am Ende des ganzen Verfahrens obligatorisch zu machen. Das

heißt, die französische Verfassung ist geändert worden, damit die Franzosen in der Zukunft über jede Erweiterung nach Rumänien, Bulgarien und Kroatien abstimmen müssen. Wenn es um die Türkei geht, ist es sehr gefährlich. Ich bin keine Befürworterin des Beitritts der Türkei, aber ich will den Populisten nicht so ein Geschenk machen. Ich halte das für sehr, sehr gefährlich. Und vielleicht endet das Ganze nach 15 Jahren gemeinsamer Verhandlungen mit der Türkei in einem Nein, weil in 15 Jahren die Franzosen Ségolène Royal nicht mehr sehen wollen, oder was auch immer. Und das ist sehr gefährlich.

Ich komme jetzt zu meinem zweiten Punkt: die politische Vision der EU. Und hier kommen wir zur Kernfrage. Weil die Antwort auf die Frage: „Türkei oder nicht Türkei?“ wirklich davon abhängt, was man mit der EU machen will. Ich habe vor den Gründervätern sehr viel Respekt. Sie wussten nach dem Krieg, warum sie Europa gegründet haben. Das war nicht nur für den Frieden. Interessanterweise war nicht der Frieden das Hauptthema. Schon 1952/53 hatten viele Menschen das Gefühl, die Versöhnung mit den Deutschen ist im Gange, das ist nicht mehr das Hauptproblem. Die hatten schon

damals eine Obsession, und zwar das, was wir jetzt Globalisierung nennen. Zum Beispiel betont der Bericht von Paul-Henri Spaak, der vor den Römischen Verträgen geschrieben worden ist, eine Art von Zusammenfassung der Herausforderung dieser Zeit, sehr nachdrücklich die Gefahr für Europa, nicht mehr mit der damaligen UdSSR und den USA mithalten zu können. Die Menschen der 1950er Jahre hatten wirklich das Gefühl, wir müssen unsere Zivilisation, unser soziales Modell in dem globalen Wettbewerb verteidigen – damals selbstverständlich vor allem gegen den Kommunismus, der als Gegenmodell besonders abschreckend war, aber auch im Vergleich zu den USA. Und das ist sehr interessant, denn das wird ein bisschen vergessen. Ich glaube, diese Rechtfertigung Europas besteht immer noch, wird aber von manchen EU-Mitgliedstaaten oder Politikern der Mitgliedstaaten bezweifelt. Ich empfehle Ihnen die Lektüre eines Papiers von Gordon Brown, dem heutigen Finanzminister Großbritanniens, das heißt: „Global Europe: full-employment Europe“. Herr Brown argumentiert, wir brauchen die Europäische Union nicht. Der Nationalstaat ist für alles zuständig, und für den Rest gibt es die Unternehmen, den Markt, und alles ist schön

in der Globalisierung, die unsichtbare Hand kann auch auf dieser Ebene alles regeln. Das halte ich für sehr gefährlich und ich glaube, dass wir auf dem Kontinent, auch wenn die Franzosen sehr französisch sind und die Deutschen sehr deutsch, dieses Gefühl teilen, dass ein Staat oder eine gewisse Autorität – dann kann man sehen, auf welcher Ebene – notwendig ist, um die Gesellschaft zu organisieren, damit der Gewinn nicht nur für eine kleine Gruppe da ist. Das Risiko ist jetzt sehr groß, dass sich die Ungleichheiten in unseren Gesellschaften vergrößern. Nicht nur in Europa, das ist auch in Amerika der Fall. Vor kurzem war es sogar der Titel von *The Economist*. Vor dem Hintergrund dieser Zuspitzung des Wettbewerbs ist die Frage: Geben wir eine europäische Antwort? Ich sage nicht, es gibt nur eine europäische Antwort, aber versuchen wir eine europäische Antwort zu geben oder nicht? Und da kommen wir zurück zu den Werten. Die Werte, die für die Gründerväter besonders wichtig waren, waren folgende: Der Mensch steht in der Mitte des europäischen Projektes. Das heißt, der Mensch ist nicht nur jemand, der in einem Unternehmen arbeitet, damit wir wettbewerbsfähig sind. Ein Mensch ist mehr als das. Auch in den Bezie-

hungen zum Rest der Welt kann Europa eine Rolle spielen. Jean Monnet sagte damals: „Europa muss einen Beitrag zu einer besseren Welt leisten“, und ich glaube, diese kleine, einfache Definition ist schon motivierend genug für die junge Generation, auch wenn das für viele nicht selbstverständlich ist. Deswegen brauchen wir, was Herr Professor Winkler ein „Wir-Gefühl“ nennt. Ich mag den Ausdruck. Das heißt, wenn wir eine solidarische Gesellschaft bauen wollen oder weiterbauen wollen (wenn ich solidarisch sage, will ich nicht unbedingt als Französin weiter die gemeinsame Agrarpolitik behalten, wie sie ist) – dann brauchen wir das Gefühl, dass wir etwas Gemeinsames haben. Das kann nicht von oben verordnet werden, man kann den Menschen nicht zwingen: Ihr lebt mit denen in einer politischen Struktur und Ihr bezahlt für die anderen und basta und keine Debatte, es ist zu spät, wir haben es schon versprochen. Das wird einfach nicht funktionieren. Ich habe letztes Jahr in Frankreich sehr viel für den Verfassungsvertrag gekämpft. Ich respektiere aber manche Argumente, die ich gehört habe. Die Ängste sind da, der Mangel an Begeisterung ist da und wir müssen Europa neu rechtfertigen. Wenn wir auch dieses

„Wir-Gefühl“ langsam entwickeln müssen, müssen wir uns auch die Frage stellen: Sind wir wirklich in den letzten 20, 30 Jahren gute Europäer gewesen? Das glaube ich nicht. Wir haben alle Fehler gemacht. Ich nenne zwei Beispiele, eins aus Frankreich, eins aus Deutschland. Die Franzosen wollen ein mächtiges Europa, „l'Europe puissance“. Das wird ohne starke Institutionen, ohne Föderalismus nie funktionieren. De Gaulle hat es versucht, es ist gescheitert; sie haben es mit der Europäischen Union seit Maastricht versucht, es ist gescheitert. Wir existieren als Europa nicht, wenn wir weiter einstimmig entscheiden und wenn unsere Regierungen nebeneinander entscheiden und nicht miteinander entscheiden. Ich glaube, die Franzosen haben immer diesen Traum: Wir können das Ziel erreichen, ohne die Mittel zu haben. Das war unser Fehler. Und mit großem Vergnügen möchte ich trotzdem sagen, dass ich das Gefühl habe, dass auch die Deutschen nicht immer so gut mit Europa umgegangen sind. Ich bin sehr besorgt, wenn ich sehe, wie intensiv die Kontroverse über die Solidarität geworden ist. Wir haben ein Problem mit der Verteilung der Kompetenzen in der Europäischen Union. Klar, das bezweifle ich nicht. Wir sollten viel

mehr auf europäischer Ebene machen in den Bereichen wie Verteidigung, Außenpolitik, Justiz und Inneres, und vielleicht ein bisschen weniger in anderen Bereichen. Aber wenn ein Land vom Binnenmarkt profitiert hat, dann ist es Deutschland. Und der ständige Vorwurf einer Verordnungswut aus Brüssel ist ehrlich gesagt ein bisschen übertrieben. Wir brauchen alle die Kommission, wir brauchen alle eine Wettbewerbspolitik, wir brauchen alle Verordnungen, damit unsere Produkte zirkulieren können. Aber ich weiß, seit 15, 20 Jahren hört man nur diese Rede in Deutschland. Aber ich habe ein bisschen das Gefühl, dass manche Leute vor allem in Bayern und in anderen Ländern das Problem des eigenen Landes mit dem Bund nach Brüssel getragen haben. Genauso wie wir unser Problem mit der Nation nach Brüssel getragen haben. Wir sollten uns wirklich fragen: Was muss auf europäischer Ebene gemacht werden, was muss auf nationaler Ebene und was muss auf Landesebene gemacht werden? Ich nehme ein konkretes Beispiel. Sie haben gesagt, sie haben wenig für die Identität gemacht. Aber solange die Erziehung als heilige Kuh auf Landesebene bleibt oder bei uns bei der Education Nationale, ohne dass

die Leute in einen Austausch kommen, durch den sie bereit sind, die eigene Art und Weise ein bisschen zu revidieren, werden wir keine Identität bekommen. Ich bin sehr froh, dass dieses Jahr zum ersten Mal fast 50 Jahre nach dem Vertrag von Rom ein deutsch-französisches Geschichtsbuch entstanden ist. Wie können unsere Kinder eine europäische Vision haben, wenn sie nicht mindestens wissen, wie die Deutschen die europäische Geschichte sehen oder wie die Engländer? Das würden wir Franzosen zusammen mit den Engländern besonders brauchen, damit wir eine gemeinsame Vision haben. Das bedeutet überhaupt nicht, dass wir morgen kleine Europäer produzieren, die alle gleich denken. Ich habe persönlich keine Angst, wir sind sehr unterschiedlich und werden es bleiben. Aber wenn wir unseren Kindern nicht ein kleines bisschen mehr Geschmack für den anderen geben, ein kleines bisschen mehr Möglichkeiten, Fremdsprachen zu lernen, ein kleines bisschen mehr Möglichkeiten, an Austauschen teilzunehmen, dann werden wir Deutsche, Franzosen usw. bleiben. Ich mag die Fußballweltmeisterschaft, bin ein kleines bisschen beängstigt, wenn ich sehe, wie der Nationalismus zurückkommt. Für all diese The-

men brauchen wir starke Institutionen, die haben wir aber nicht. Und deswegen: Vertiefung vor der Erweiterung, das wurde den europäischen Bürgern versprochen. Und wenn unsere Politiker uns sagen, wir müssen unser Wort halten, dann sage ich: Halten Sie bitte auch das Wort dem eigenen Bürger gegenüber! Man hat uns gesagt, wir reformieren die Union vor der Erweiterung, und die neuen Mitgliedstaaten sind nicht Schuld, genauso wie die Türken zurzeit nicht Schuld sind, wenn wir uns nicht arrangieren, wenn wir keinen Kompromiss finden. Aber da es nicht zustande gekommen ist, bin ich jetzt sehr vorsichtig geworden. Genauso wenig haben wir das richtige Budget für diese Europäische Union. Wir haben ein Budget, das für eine Art von Zusammenarbeit konzipiert ist, die auf keinen Fall den Zielen, die unsere Politiker immer erwähnen und betonen, entspricht. Es gibt da eine Kluft. Ich sage nicht, man muss unbedingt mehr Geld auf europäischer Ebene bezahlen, aber wer kein Geld bezahlen will, muss jetzt schweigen. Dann spielen wir keine Rolle in der Welt, bekämpfen nicht den Terrorismus und bleiben ruhig zu Hause, weil wir kein Geld haben. Aber diese ständige Kluft, dieser ständige Unterschied zwischen allen

schönen Landschaften, die morgen blühen müssen, und der Realität der Diskussion ist absolut verrückt. Zum Beispiel muss die Haltung Großbritanniens der Erweiterung gegenüber betont werden. Die Briten waren in den letzten 10, 15 Jahren die ersten Befürworter der Erweiterung. Unter britischer Präsidentschaft letztes Jahr haben wir gesehen, dass sie nicht bereit waren, einen gewissen Teil der Kosten zu übernehmen. Das kann nicht sein. Wenn wir in der Zukunft keine gemeinsame Politik haben, dann können wir nicht dieselben positiven Ergebnisse erwarten wie damals mit den Ländern wie Spanien oder Griechenland, wo konkrete Zusammenarbeit da war, von der übrigens auch unsere Unternehmen profitiert haben. Denn wenn wir Geld für Spanien oder Griechenland ausgeben, damit ein Flughafen dort gebaut wird, ist sehr oft ein deutsches oder ein französisches oder ein britisches Unternehmen mit auf der Baustelle.

Jetzt komme ich zum Thema Kultur und Religion, und wie ich gesagt habe, es ist interessant für eine Französin, die in der Laïcité erzogen worden ist, schon die Treppe hier hochzukommen und das Kreuz zu sehen. Das wäre bei uns unmöglich, in

einem offiziellen Gebäude so etwas zu sehen. Ich muss sagen, als Gläubige finde ich, dass die Laïcité sehr wichtig ist. Ich versuche zu erklären, warum. Ich glaube, in der Europäischen Union darf die Religion kein Grund sein, ein Land auszuschließen. Und das betone ich immer: Die Religion ist keine der Bedingungen, um der EU beizutreten. Die EU ist neutral, sie erlaubt jedem, seinen Glauben zu praktizieren. Obwohl die Gründerväter fast alle sehr engagierte Katholiken waren. Es ist sogar erstaunlich, wenn man vergleicht, was sie privat in den eigenen Memoiren, Briefen usw. geschrieben haben und was im Vertrag steht. Der Unterschied ist riesig, aber so ist es rechtlich. Ich glaube, man muss das auch wiederholen. Ich glaube, auch das Christentum ist nicht mehr so stark wie es war. In unseren Gesellschaften sind viele Leute nicht gläubig oder relativ weit von der Religion entfernt. Bei uns leben auch Millionen von Muslimen, aber auch Juden und Leute, die eine andere Religion haben. Was den Glauben angeht, möchte ich sagen, das Problem des Zusammenlebens einer postchristlichen Gesellschaft oder noch christlichen Gesellschaft mit dem Islam stellt sich schon, egal ob die Türkei reinkommt oder nicht. Man darf das

nicht alles mit Emotionen vermischen. Das Problem stellt sich, weil viele unserer Bürger, viele Franzosen, viele Niederländer, viele Deutsche jetzt muslimisch sind. Wenn auch das Christentum so wäre – und das spricht nicht mehr die französische Laizistin, sondern die Katholikin –, möchte ich immer gern Galater 3,28 wiederholen: „Hier ist nicht Jude noch Grieche, hier ist nicht Sklave noch Freier, hier ist nicht Mann noch Frau [...] denn ihr seid allesamt einer in Jesus Christus.“ Das ist die Hauptbotschaft des Christentums, das ist es, was damals revolutionär im Christentum war, diese Anschauung der Gleichheit, und ich lehne es ab, wenn irgendjemand uns etwas vorwirft als christlicher Club. Es ist keine Bedingung, aber ich glaube, wir dürfen in diesem Bereich nicht alles akzeptieren. Wenn es auch ein christlicher Club wäre, wäre es kein Grund, irgendjemand auszuschließen. Es ist aber auch kein Grund, ein Land einzubeziehen, und hier sind wir im Herzen des Problems. Denn das Problem ist nicht, dass irgendjemand versucht, egal was Erdogan oder George Bush und andere erzählen, dass irgendjemand versucht hat, die Türken wegen der Religion auszuschließen. Das Problem ist vielmehr, dass viele in Brüssel und in den

Hauptstädten der Meinung sind, die Religion ist ein Grund, sie einzubeziehen. Und das ist sehr gefährlich. Erstens, weil die Geschichte eine Rolle spielt. Auch wenn die Gegenwart ist, was sie ist, werden unsere Gesellschaften, unsere Demokratien vom Christentum geprägt, und das dürfen wir nicht ignorieren. Es nicht unbedingt eine Hürde, aber es ist eine Tatsache. Was ist in dieser christlichen Geschichte wichtig? Nicht, dass das Christentum irgendjemand ausschließt, sondern dass das Christentum etwas gebracht hat, das bis jetzt im Islam nicht existiert, das ist die Trennung der geistlichen und der weltlichen Gewalt. Komischerweise ist die Säkularisierung eine Tochter des Christentums, und deswegen haben wir ein Problem. Nicht wegen des Christentums, sondern wegen der Säkularisierung, die daher gekommen ist plus ein bisschen Aufklärung, die dann ein bisschen mehr Vernunft in die ganze Geschichte gebracht hat. Und deswegen sage ich, die Frage die wir stellen müssen, ist nicht: Seid ihr Muslime oder nicht? Sondern: Seid ihr als Muslime bereit, eine Trennung zu akzeptieren zwischen dem geistlichen, religiösen Teil eures Lebens und dem, was wir in Frankreich „Les Loix de la République“ nennen wür-

den, was in Deutschland das Grundgesetz heißen würde. Und man merkt im täglichen Leben, dass hier das Problem ist. Das Problem ist nicht, dass die Leute sich anders fühlen oder sich anders benehmen, sondern: Akzeptieren sie, dass ihre Tochter zum Schwimmunterricht geht? Akzeptieren sie, dass Männer und Frauen zusammenleben? Akzeptieren sie, dass Männer und Frauen die gleichen Rechte haben usw.? Das ist die Frage, und da ist die Türkei zweideutig. Einerseits herrscht in der Türkei die Laïcité mehr oder weniger nach dem französischen Modell, stärker als in vielen Ländern, auch in vielen europäischen Ländern. Nehmen wir Polen zurzeit als Beispiel – die Türkei ist viel säkularisierter als Polen. Andererseits, Erdogan kommt aus einer Partei, die islamistische Wurzeln hat. Er war selbst im Gefängnis und er macht ständig zweideutige Erklärungen. Zum Beispiel als er in Paris war, hat er gesagt: Es ist nicht normal, dass meine Töchter in Amerika studieren müssen, weil sie in der Türkei kein Recht haben, ein Kopftuch zu tragen. Für mich ist das Problem nicht das Recht derjenigen, die ein Kopftuch tragen wollen; es ist das Recht derjenigen, die kein Kopftuch tragen wollen. Und da müssen unsere Staaten schlicht und einfach

die Regelungen des eigenen Rechts beachten und betrachten, das Grundgesetz oder „Les Loix de la République“, und da müssten wir viel strenger sein als wir sind. Die Kultur ist nie ein Grund, einem Mädchen zu verbieten, zum Beispiel zum Schwimmunterricht zu gehen, nur weil sie ein Mädchen türkischer Abstammung ist. Wir müssen uns auf diese Fälle konzentrieren und sehen, dass es auch in Deutschland vor den Gerichtshöfen Probleme gibt, genauso wie in Frankreich manchmal unsere Richter Probleme haben mit einer überemotionalen Vision der Tradition und der Kultur. Und deswegen ist es besonders wichtig, dass der Papst selbst wiederholt, wie wichtig die Aufklärung gewesen ist. Ich bin froh, Mitglied der katholischen Kirche zu sein – nach Voltaire und nicht vor Voltaire. Und das müssen wir den Muslimen erklären: nicht dass wir besser sind, nur dass wegen der Geschichte die Dinge vielleicht ein bisschen schneller gelaufen sind. Zur Zeit von Voltaire konnte man in Frankreich getötet werden, weil man vor einer Prozession kein Kreuzzeichen gemacht hat. Das war keine Teilung von weltlicher und geistlicher Gewalt. Noch ein Punkt: Ich glaube nicht, dass der Beitritt in einer politischen

Union das richtige Instrument für einen Dialog der Religionen ist. Ich sehe wirklich keinen Grund. Und wir sind schon in dieser Falle. Das heißt zum Beispiel, wenn die Kassen leer sind und wenn einer sagt, für die Türkei gibt es keine gemeinsame Agrarpolitik, dann kommt sofort ein Türke und sagt: Ja, ihr sagt das, weil wir Muslime sind. Es gibt Probleme, die sich in einer politischen Union wie der EU stellen, die nichts mit der Religion zu tun haben. Deswegen müssen wir die beiden Dinge so getrennt wie möglich halten, was viele nicht tun. George Bush führt den Krieg im Irak, und dann muss die Europäische Union als gutes Zeichen der westlichen Welt nett zu den Muslimen sein, und deshalb müssen wir die Türken aufnehmen? Die Amerikaner machen, was sie wollen, und die anderen müssen die Türken oder irgendjemanden aus religiösen Gründen aufnehmen? Ich erinnere mich, am 3. Oktober war ich in der BBC in einem Fernsehinterview, und Jack Straw, der damalige Leiter der britischen Diplomatie, hat nur dieses Element betont: Das war ein großer Sieg Europas, weil die Türkei diese Religion hat und der EU beitreten kann. Das halte ich für falsch. Ich glaube, der Dialog der Religionen muss anderswo stattfinden und

nicht unbedingt im Europäischen Rat, der nicht besonders kompetent dafür ist.

Noch eine letzte Frage ist aus französischer Sicht wichtig, wenn wir das Thema Religion so sehr betonen. Angenommen, die Türken treten bei. Was machen wir in 15 Jahren mit Marokko, Algerien, Tunesien? Dann sagen wir: Ihr seid in Afrika. Schön. Wir haben eine gemeinsame Grenze mit dem Irak. Wir haben 20 Jahre gesagt, betont und wiederholt, wir sind brave Christen, die die Muslime so sehr mögen, dass wir die Türken in die EU aufnehmen, aber das reicht. Wir haben unsere Gruppe von Muslimen und die anderen bleiben vor der Tür. Das ist nicht zu halten. Ich akzeptiere, dass Marokko einen Aufnahmeantrag gestellt hat, der wurde 1987 abgelehnt. Aber wenn die Dinge sich so entwickeln, wird die Problematik ganz anders. Und das habe ich oft in Berlin mit den Beratern von Schröder und Fischer diskutiert. Das war für viele Deutsche kein Thema. Ihr habt eine Lösung für eure Muslime, und ihr lasst die Franzosen mit ihnen allein. Das ist langfristig nicht sehr klug, und das ist auch in Spanien oder in Italien oder in Belgien ähnlich gelagert. Wenn der König von Marokko nach und nach, was ich

hoffe, in eine moderne Richtung geht – die Gesetze für die Frauen wurden schon ein bisschen modernisiert –, dann hoffe ich, dass wir ihm auch eine Perspektive anbieten. Zum Schluss habe ich das Gefühl, das Hauptproblem ist nicht die Türkei, das Hauptproblem ist der Iran. Das habe ich mir gedacht, als ich das Interview von Ahmadinedschad im „Spiegel“ gelesen habe. Ich verstehe diese Argumentation mit der Religion nicht. Es ist nicht der Islam, es ist eine gewisse politische Instrumentalisierung der Religion, die gefährlich ist; und die kommt nicht aus der Türkei, die kommt seit 1979 aus dem Iran. Was der Präsident sagt, der übrigens den Holocaust nicht anerkennt, der Israel verschwinden lassen will und noch dazu Atomwaffen haben will, das scheint mir ein Problem, das ehrlich gesagt viel wichtiger ist als das Problem der Türkei, die bis jetzt ziemlich demokratisch und laizistisch ist.

Nun komme ich wirklich zum Schluss. Ich glaube, wir müssen aus dieser Entweder-Oder-Politik herauskommen. Es ist vollkommen absurd zu denken, entweder ist die Türkei in der EU, dann haben wir alle Probleme gelöst, geostrategisch, religiös, wirtschaftlich, alles ist gelöst – oder

sie bleibt draußen, dann ist es das Ende der Welt. Man kann sich einen Mittelweg vorstellen. Ich sage noch einmal, weil viele Leute nicht daran denken: Für die Werte haben wir den Europarat in Straßburg, diese Institution, die für Menschenrechte zuständig ist, wo ein Gerichtshof die Rechtsprechung ausübt. Die Türkei ist seit 1949 Mitglied. Auch wenn die Türkei nicht der EU beitrifft, sind wir nicht in einer Art von Wüste, in der die Türken machen können, was sie wollen. Und ich glaube nicht, dass die Mehrheit der Bevölkerung in der Türkei von einer willkürlichen Diktatur träumt. Dieses Argument scheint mir ein bisschen übertrieben. Das Argument der Wirtschaft ist bis zu einem gewissen Punkt auch ein falsches Argument, weil wir schon eine Zollunion haben. Was das Militär angeht, gibt es die Nato. Die Türken sind in der Nato. Und wenn man sieht, was der Europäische Rat letztendlich wirklich verspricht, zum Beispiel die Schlussfolgerung der Ratspräsidentschaft im Dezember 2004, dann merkt man: Für die gemeinsame Agrarpolitik gibt es kein Geld, für Strukturfonds ist auch kein Geld vorgesehen, und was noch schlimmer ist: sie wollen den Menschen der Türkei die Freizügigkeit nicht einräumen. Das heißt, wir hätten ein Voll-

mitglied der EU, dessen Bürger nicht reisen dürfen oder die in einer zweiten Kategorie sind. Das scheint mir nicht sehr klug. Das heißt, die echte Diskussion, abgesehen von der Symbolik, ist nicht zwischen einerseits Beitritt, andererseits fast nichts, sondern zwischen „Beitritt minus“ oder einer Art von „Partnerschaft plus“. Ich glaube, wenn wir ein bisschen vernünftig diskutieren, vor allen Dingen mit dieser Perspektive einer möglichen Volksabstimmung, sei es in Frankreich oder in Österreich, sollten wir vielleicht versuchen, nicht nur in Kategorien des Entweder-Oder zu denken, sondern klarzustellen, dass die Türkei ein wichtiger Partner ist und dass das Entscheidende ist, dass diese Beziehung so gesund wie möglich bleibt, egal in welchem Rahmen. Vielen Dank.

Baha Güngör

Deutsche Welle, Bonn

Ich stelle mir mal vor, Frau Goulard, es hätte in der Türkei keinen Atatürk gegeben und keine Reformen, keinen Laizismus – den gibt es in der Türkei; ich bin sehr laizistisch erzogen worden –, und das osmanische Imperium, das natürlich verkleinert wurde, die heutige Türkei hätte dann in der EU angeklopft und hätte gesagt: Wir wollen Mitglied werden! Ich stelle mir mal folgende Kopenhagener Kriterien vor: Ihr müsst das Kalifat abschaffen, das lateinische Alphabet einführen, den Frauen das aktive und passive Wahlrecht gewähren und euch in Richtung Europa entwickeln und Europa zum Ziel erklären. Sehen Sie, die Türken haben das in den 20er und 30er Jahren gemacht, als hier in Europa ganz andere Dinge geschahen. Die Türken haben das Kalifat abgeschafft, sie haben eine Bekleidungsreform durchgeführt, sie haben das lateinische Alphabet eingeführt, und sie haben es auch geschafft, den Laizismus zu verankern. Der Laizismus ist nach türkischem Verständnis etwas, was zwischen Mensch und Gott ist. Mich stört Jesus eigentlich weniger, weil ich in Deutschland unter Christen lebe. Mich stört eigentlich gar nichts in diesem Umfeld. Aber worauf ich aufmerksam gemacht worden bin: Da stehen bestimmte Begriffe, und ein Begriff

ist besonders wertvoll für die Türken und für die Türkei. Das ist der Begriff „Ehre“. Jetzt kommen Sie mir nicht mit Ehrenmorden, aber Ehre ist ganz, ganz wichtig. Das ist etwas anderes. Das ist ein ganz anderes Problem. Da können wir nachher gerne darüber reden.

Das Steinmeier-Interview, das in der „Bild-Zeitung“ erschienen ist, hat mich im Zug hierher sehr überrascht, es ist nämlich auch in der türkischen Tageszeitung „Hürriyet“ zeitgleich erschienen. Steinmeier sagt, nicht jeden Tag müssen wir über Argumente nachdenken, wie wir die Türkei möglichst weit von uns fernhalten können. Das ist nicht mehr möglich! Die Diskussion muss vielmehr darum gehen, wie die Türkei privilegiert an die EU herangeführt werden kann, damit Europa etwas an Mehrwert gewinnt. Ich will das auch erläutern warum: Ich bin 1961 nach Deutschland gekommen, und mein erster Tag in Aachen – da bin ich nämlich groß geworden – war der 1. November, Allerheiligen. Ich kam in Deutschland an und habe erst viel später erfahren, was eigentlich hier los war. Es war also der 1. November, und seit ein paar Monaten hat man in der damaligen DDR, in der Ostzone, angefangen, die Mauer zu bauen. Das muss man sich mal vorstellen!

Dann kamen schon die ersten Türken. Das Anwerbeabkommen wurde 1963 unterzeichnet. Man muss sich auch vorstellen, dass aus diesem Anwerbeabkommen heraus die besonderen Beziehungen, die es ohnehin gab, sich noch viel intensiver gestaltet haben. Die Türken haben sich schon immer an Europa orientiert. Im Osmanischen Reich war Europa ein Zielwert.

Der osmanische Komponist Dede Efendi hat sich überlegt, als in Wien der Wiener Walzer entwickelt wurde – der Dreivierteltakt –: Wie bringe ich diesen Dreivierteltakt in die osmanische Musik? Wenn hier viele Türken wären, könnten sie jetzt alle gleich mitsingen. Heute ist es so, dass in der Türkei auf den meisten Hochzeiten der Hochzeitstanz mit einem Wiener Walzer beginnt. Wenn Sie natürlich Marokko, Tunesien und möglicherweise auch die Bilder von islamischen Ländern auf die Türkei suggerieren, dann denken viele Menschen – das stelle ich immer wieder bei Diskussionen fest, denn ich bin ja Dank dieses Buches in Deutschland sehr viel rumgekommen: Irgendwelche Wüstensöhne auf Kamelen wollen in Richtung Europa! Das stimmt natürlich nicht! Die Türkei ist nicht irgendein Land. Deshalb habe ich auch ein paar Thesen aufgestellt, die

ich jetzt gleich zur Diskussion stellen werde. Eine These, bevor ich das mache: Ich freue mich für Deutschland und ich halte am Freitag zu Deutschland im Fußballspiel gegen Argentinien, denn ich freue mich vor allem auch darüber, dass die Deutschen es endlich, endlich, endlich begriffen haben, dass der Patriotismus nichts Böses ist. Der Nationalismus ist etwas Böses! Aber der Patriotismus, das heißt das Bekenntnis zum eigenen Staat, zu eigenen staatlichen nationalen Werten und zur eigenen Heimat ist doch nichts Böses. Ich finde es wunderbar, wenn Deutsche es endlich gelernt haben, wie in Italien, in Griechenland, in der Türkei in Spanien oder auch sonst wo, Autokonvois zu bilden, zu hupen, die Gesetze mal zu missachten, nicht jeder ist angeschnallt, und dann raus aus den Fenstern und Schiebedächern. Leute lebt auf! Lebt auf! Das ist nämlich diese Art von Patriotismus, die eine ganz hervorragende Sache ist, und es gibt den Deutschen etwas, was sie schon längst verloren haben, nämlich eine Identifikation, einen Ausgangspunkt. Das ist Deutschland!

Als ich 1978 hier eingebürgert wurde, hat mir der Verwaltungsbeamte damals auch das Grundgesetz vorgelesen und dann gefragt: „Bist

du damit einverstanden?“ Ich habe gesagt: „Selbstverständlich bin ich damit einverstanden, denn sonst wäre ich ja nicht Deutscher!“

Auch diese Diskussion heute, dieses Bekenntnis zu verlangen von Türken zur Verfassung und solche Sachen, hat es immer gegeben. Das wird jetzt immer nur thematisiert, weil es eben in die Landschaft passt. Sie müssen einfach die heiße Luft aus dieser Diskussion herausnehmen: pro oder kontra Türkei. Wir müssen schauen, was Europa an Mehrwert gewinnen kann, wenn die Türkei sich tatsächlich in Richtung Europa entwickelt. Ich rede mit keinem einzigen Wort von Beitritt! Der Beitritt ist noch eine ganz, ganz weit entfernte Geschichte. Der Beitritt – wenn er überhaupt kommt –, ist erst in zehn oder fünfzehn Jahren vielleicht möglich. Fest steht, dass es jetzt im Moment nicht um den Beitritt geht, sondern um eine Diskussion, die schädlich ist, wenn sie in dieser Schärfe weitergeführt wird. Ich versuche einfach nur, diese Schärfe raus zu nehmen.

Nach 45 Jahren in Deutschland wünsche ich mir ein Deutschland, vor allem ein Europa, das Menschen nicht nach nationalen, religiösen oder kulturellen Abstammungen klassifiziert oder kategorisiert. Man muss diese Kulturen und Religionen

fördern, wo es nur geht. Man kann natürlich auch was fordern aber vor dem Fordern muss das Fördern kommen!

Jetzt komme ich zu dem Punkt, an dem ich sage: Es muss eine ehrliche Perspektive sein! Ehre – ehrlich! Die Perspektive muss ehrlich sein. Die Türkei kann mit einer ehrlichen europäischen Perspektive dem Vorurteil in der Tat entgegenwirken, dass Europa nur Christen Platz bietet und andere Religionen ausschließt. Ich will nicht sagen, dass die Türkei ein islamisches Land ist – sie ist es nicht! Kein anderes Land als die Türkei bietet den Europäern die Chance, tatsächlich aus Visionen Wirklichkeit zu machen, aus der Vision die Realität herzuleiten. Denn diese Vision, die in der Türkei verwirklicht worden ist, ist die Tatsache, dass der Islam als Volksreligion – nicht als Staatsreligion – mit der Demokratie sehr wohl eine sehr fruchtbare Koexistenz bilden kann. Ich habe in der Türkei niemals einen Unterricht erlebt – ich habe ja die ersten fünf Jahre in der Türkei die Schule besucht –, der mit irgendwelchen islamischen Ritualen begonnen wurde. Das ist auch heute nicht so. Auf keiner normalen Schule in der Türkei, es sei denn in den Prediger- und Priestergymnasien,

beginnt ein Unterricht mit islamischen Ritualen. Das gibt es einfach nicht. Es beginnt mit einem Bekenntnis zum Staat und zu den staatlichen Werten.

Die Heranführung der Türkei an das Niveau und an die Werte kann natürlich helfen, die Ängste abzubauen, denn diese Ängste sind da. Sie sind auch nachvollziehbar, auch die Ängste der Deutschen und teilweise auch der Europäer. Wovor haben wir Angst in Deutschland? „Türkenfluten“ – etwas Negatives! Verlust von Arbeitsplätzen! Gewarnt wird auch vor dem Abfluss der Gelder für den Aufbau Ost in die türkischen Kassen. Als würde morgen jeder aus dem Osten hingehen und das ganze Geld in die Türkei überweisen. Das ist ja nicht der Fall. Man hat Angst vor einer Gefährdung der christlich-jüdischen Wurzeln Europas. Das sind Ängste, die ich so nachvollziehen kann. Man muss sie aber auch analysieren und zerlegen, denn mit Ängsten kann man nicht leben. Das gibt es nicht, das ist nicht gut! Diese Ängste müssen abgebaut werden. Das wäre sicherlich auch ein Beitrag zum Abbau von Spannungen innerhalb der EU-Länder. In Deutschland kennen wir diese Spannungen zwischen diesen Kulturen und Religionen.

Die Türkei ist ein Staat, der in seinen heutigen unumstrittenen Grenzen international anerkannt ist und 1923 gegründet worden ist. 1923 – das war zehn Jahre vor der Machtergreifung Hitlers, 15 Jahre vor Kriegsbeginn und der Reichskristallnacht. Es ist eine Republik gegründet worden, die sich ein Ziel ganz klar gesetzt hat, nämlich das Erreichen des Niveaus zeitgenössischer Zivilisationen. Das ist expressis verbis so als Ziel ausgewiesen. Das bedeutet nichts anderes als Europa, also europäische Werte. Nichts anderes!

Demokratie – da gibt es Lücken, da gibt es Entwicklungsrückstände, und auch bei Menschen- und Minderheitsrechten gibt es Entwicklungsrückstände. Wir können uns über all das unterhalten, wenn in Brüssel einmal die Akten unterschrieben werden: Die Türkei ist EU-beitrittsreif. Wir haben aber noch 35 Kapitel abzuarbeiten. 90.000 Seiten Acquis Communautaire in den türkischen Besitzstand übernommen werden müssen. Die armen Türken müssen dies erst übersetzen und in ihre Gesetze einbauen. Das dauert mindestens zehn Jahre! Wichtig ist aber, dass die historische Richtung stimmt und diese in Richtung Europa weiterentwickelt wird.

Meine Behauptung ist: Wenn es beim

alten System geblieben wäre – wenn die Sowjetunion nicht zusammengebrochen wäre –, wäre die Türkei schon längst Mitglied. Es gab damals gemeinsame Feinde und gemeinsame Ziele. Der Feind war ganz klar ausgemacht: Moskau und der Kommunismus! Heute ist es viel schlimmer: Die Türken hatten als NATO-Mitglied seit 1952 immer gemeinsame Feinde mit dem Westen, mit Deutschland oder mit Frankreich. Aber diesen Feind heute kann man nicht mehr orten, der schlägt irgendwo zu, wo sie es gar nicht erwarten: der internationale Terrorismus! Der schlägt überall zu, auch in Istanbul. Synagogen geraten ins Visier der Terroristen. Die Bomben in London sind keine anderen als die, die in Istanbul vor britischen Einrichtungen explodiert sind. Der britische Generalkonsul ist ums Leben gekommen. Auch in Madrid, in London oder in Casablanca explodieren überall Bomben. Diese Werte, die die Türkei mit den Europäern teilt, schließen auch die gemeinsamen Feinde ein, und dieser Feind kann nur gemeinsam angegangen werden. Wenn die Türkei eine ehrliche europäische Perspektive hat und auch beibehält, kann sie auch im Kampf gegen den internationalen Terrorismus den Europäern einen Mehrwert geben.

Zu den Grenzdiskussionen: Die EU grenzt dann an Staaten wie Syrien, Irak, Kaukasus, Nahost und Iran. Deutschland hat immer das Glück gehabt, nach dem Zweiten Weltkrieg inmitten von Rosengärten umgeben zu leben. Die Türkei aber nicht! Aber Sie brauchen keine Grenzen mit diesen Ländern. Deutsche Soldaten müssen heute in Afghanistan für den Weltfrieden auch gerade stehen, genauso wie im Balkan. Es haben deutsche Soldaten mit den Türken zusammen mitgeholfen, eben diese gemeinsamen Werte zu verteidigen: gegen die Taliban, gegen die Extremisten im Balkan, in Afrika, Somalia. Da haben auch deutsche und türkische Soldaten Seite an Seite für die Werte des Westens den Kopf hingehalten. Sie brauchen also jetzt keine gemeinsamen Grenzen zu fürchten. Mir ist es aber lieber, als ein laizistischer türkischstämmiger Deutscher, dass die Türkei im Iran und im Atomstreit mit europäischer Zunge spricht als umgekehrt, eine abgewiesene, vielleicht auch noch abgewandelte Türkei in Europa mit iranischer Zunge spricht.

Eine Versachlichung der Diskussion auch in der Öffentlichkeit um die europäische Perspektive der Türkei ist unbedingt notwendig. Die Europäer machen den Fehler, dass sie ihre

eigenen Fehler, wie die unvorbereitete, schlecht organisierte und explosionsartige Erweiterung von 15 auf 25 Mitgliedstaaten, bald sogar 27 und somit die ganzen Sorgen, die sie übernommen haben, sozusagen auf dem Rücken der Türkei austragen, wie zum Beispiel bei der Abstimmung in Frankreich. Da hieß es immer: „Turquie non“ und dann haben viele Leute mit Nein gestimmt. In den Niederlanden war es auch nicht anders, da hat die Türkei ebenfalls eine Rolle gespielt. Jetzt beim Wahlkampf in Deutschland haben wir es auch erlebt.

Wenn die Türkei weiterhin an Europa herangeführt wird, kann das nur positiv sein, auch in Deutschland und der ganzen Integrationsdebatte. Wie wollen Sie denn von Menschen verlangen, sich hier zu integrieren, sich hier wohl zu fühlen, sich hier heimisch zu fühlen, weil sie hier geboren worden sind, wenn Sie dann sagen: Aber deinen Ursprung, deine kulturellen Wurzeln, dein ursprüngliches Heimatland erkenne ich nicht als europäisch an. Trotzdem bist du einer von uns – du darfst dich integrieren! Da muss man aufpassen. Man muss auch die Werte dieser Menschen respektieren und achten und dann die Türkei auch unter diesem Gesichtspunkt vielleicht noch

fördern.

In die Türkei sind nicht nur während des Zweiten Weltkrieges Menschen gekommen. Die Türkei war ja ein Zufluchtsort für viele jüdische und auch christliche Verfolgte während des Naziregimes. Sie sind doch nicht in die Türkei geflohen, weil sie sich in einem islamischen Land besser fühlten, sondern weil sie dort unter Europäern – türkischen Europäern – sicher waren. Sie alle, die hier sitzen, kennen Ernst Reuter, den ersten Regierenden Bürgermeister von Berlin, der auch unter diesen Flüchtlingen war. Und heute dann zu sagen: Du bist nicht europäisch genug! Das ist nicht ganz fair.

Oder heute der Türkei zu sagen: Wenn ihr EU-Mitglied werdet, sind die christlich-jüdischen Wurzeln Europas in Gefahr. Es wird aber ignoriert, dass die Türken 1492, als Kolumbus Amerika entdeckte, die spanischen Juden vor der Inquisition gerettet und ins Osmanische Reich geholt haben. Das dürfen Sie auch nicht vergessen! Die Türken haben das damals auch nicht gemacht, weil sie die Juden besonders liebten; sie kannten sie vielleicht gar nicht richtig. Aber sie haben sie gerettet! Das darf man auch bei all diesen Diskussionen nicht vergessen, dass nämlich die Türkei mehr ist als nur

ein Land, das zur Europäischen Union beitreten möchte. Die Türkei ist ein Land – wie ich schon sagte – das 1949 Mitglied im Europarat geworden ist, 1952 NATO-Mitgliedschaft – noch vor Deutschland –, das immer wieder die Werte als Flankenstaat der NATO so verteidigt hat, dass die NATO sich sicher war, einen sicheren und zuverlässigen Partner vor Ort zu haben.

Ich war schon in den Achtzigerjahren Korrespondent der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ in der Türkei und in Griechenland; in beiden Ländern war ich akkreditiert. Diese Zeit war ganz wichtig. Die dreijährige Militärherrschaft war vorbei. Dann kamen die Ersten, die wirklich die Türkei in Europa wieder salonfähig gemacht haben, und sie waren alle aus Deutschland: Bundestagspräsident Philipp Jenninger, Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundespräsident Richard von Weizsäcker. Was ich der türkischen Regierung damals in einem Kommentar vorgeworfen habe, hat zu einem Riesenkrach zwischen der türkischen Regierung und mir geführt, weil ich gesagt habe: „Ihr müsst die Worte Weizsäckers ernst nehmen!“ Weizsäcker hat gesagt, und das haben auch viele Deutsche gesagt: „Einerseits: Die Tür-

kei ist ein Bestandteil Europas. Ohne die Türkei ist Europa undenkbar". Das sind jetzt all diese wunderschönen Politiker-Schönwetter-Reden! Aber sie haben auch etwas Ernsthaftes gesagt: „Stellt den Beitrittsantrag nicht!“ Das war 1986. „Stellt den Beitrittsantrag nicht, denn dieser wird nicht abgelehnt, sondern er wird auf die lange Bank geschoben. Es wird dann immer wieder türkisch-europäische Krisen geben und somit auch zwangsläufig türkisch-deutsche Krisen“. Das war der Fehler der Türken, dass sie so mit der Brechstange – damals unter Ministerpräsident Turgut Özal, Mesut Yılmaz war maßgeblich beteiligt – im April 1987 eben diesen Antrag in Brüssel eingereicht haben. Der Antrag war nicht vorbereitet, der Weg zur EU war noch nicht geebnet und es war noch nicht genug mit den europäischen Staaten und Regierungen konsultiert worden. Man hat diesen Beitragsantrag gestellt und dann zu den Europäern gesagt: „Friss oder stirb!“ Und das war der Fehler der Türken. Sie hätten ihren Beitragsantrag ruhig stellen sollen, aber mit etwas mehr politischer und diplomatischer Vorbereitung.

Die Türkei war immer ein sehr zuverlässiger Partner des Westens und der westeuropäischen Werte. Wir müssen

heute darauf achten, dass wir in zehn oder fünfzehn Jahren ein Land haben, mit dem wir, weil wir Europäer der Türkei geholfen haben, derart sich in Richtung Europa zu entwickeln, dass ein Verzicht auf den eventuellen Beitritt vielleicht überhaupt erst diskutiert werden kann. Wenn Sie von heute an sagen, der Beitritt der Türken würde uns überfordern, oder die geographischen Grenzen als Maßstab nehmen, dann würden Sie nur einen Freund vergrößern, der sicherlich mehr wert ist, als nur populistisch in Wahlkämpfen ausgeschlachtet zu werden.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Auszüge aus der Diskussion

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter:

Meine Damen und Herren, es liegt mir jetzt die Überlegung nahe, einen Ball aufzugreifen, der uns aus dem Dilemma herausführt, zwei so nette Menschen in der Diskussion aufeinander zu hetzen. Den Ball hat Frau Goulard aufs Spielfeld gelegt, indem sie gesagt hat, eigentlich sollten wir über den Iran reden. Das ist ein wunderbares Thema, eine Steilvorlage, die man im Augenblick ja nur noch verwandeln kann, ohne je ins Abseits zu geraten. Aber wir sind nicht dafür da, dem Thema auszuweichen, was ohnehin sehr schwer ist, denn auch Herr Güngör hat ja nicht dafür plädiert, nur den Beitritt zu vollziehen, sondern er hat im Grunde gesagt: Lasst uns die Türkei in größerer Offenheit auf Europa zu führen, zu wachsen, damit Mehrwert entsteht. Das ist natürlich eine Strategie oder eine Position, die uns aus diesem Entweder-Oder herausführt, von dem Sie ja auch gesprochen haben. Das erinnert mich daran, dass es hier im Saal ja jemanden gibt, der im Augenblick von der großen Furcht umgetrieben wird, dass seine eigene Erfindung, nämlich die, den Türken eine „erweiterte assoziierte Partnerschaft“ anzubieten, eines Tages von irgendwelchen europäischen Regierungs-

fürsten ohne Namensnennung „Quaisser“ aufgegriffen und popularisiert wird. Mir scheint, damit hat Quaisser ja fast das Ei des Kolumbus gefunden.

Lassen Sie mich noch ein bisschen bei Ihren Kontroversen oder Nicht-Kontroversen bleiben, die es ja doch gibt. Ich habe den Eindruck, dass wir selbst dann ein bisschen in die Irre geraten, wenn wir über die Wertfragen sprechen. Ich unterstreiche alles, was über Laizismus und über die Trennung von Kirche und Staat und Religion und Politik gesagt worden ist. Ich halte das für die entscheidende Differenz zwischen islamischen Staaten und Konzeptionen, die wir gewohnt sind. Aber insgesamt habe ich den Eindruck, dass wir es uns auch da nicht zu leicht machen dürfen. Herr Güngör, der Laizismus in der Türkei, der ja sehr zu respektieren ist, ist aber ja letztendlich doch auch herausgefordert durch die islamisierenden Tendenzen, und viele Elemente der Unbehaglichkeit, die wir haben, die hängen wir ja nicht an Atatürk auf, sondern wir hängen sie auf an der vermuteten mangelnden Resistenzfähigkeit der Türkei gegenüber dem, was an Entwicklungen dort in dieser Hemisphäre insgesamt auf sie zukommt. Und nicht alle sind von der tiefen Ehrlichkeit der

„Erdoganischen“ Positionen überzeugt.

Vielleicht hat der türkische Laizismus ähnliche Glaubwürdigkeitsprobleme wie das christliche Abendland sie in Frankreich und in Deutschland haben muss. Wir müssen den Dingen mehr auf den Grund gehen. Wir müssen schauen, dass wir uns nicht die Begriffe um die Ohren hauen, sondern wir müssen schauen, in welchem Zustand, in welchem dynamischen Entwicklungszustand sind eigentlich Grundorientierungen? Gelten sie noch? Verschwinden sie in einen Hintergrund? Werden sie herausgefordert? Das ist, glaube ich, die Schwierigkeit dieser Diskussion, weil wir uns – als gute Politikwissenschaftler wissen wir das natürlich auch – auf geschriebene Urkunden und auf geschriebenes Verfassungsrecht nicht immer verlassen können, sondern es gibt eben auch das, was Dolf Sternberger schon vor Zeiten die „lebende Verfassung“ genannt hat. Und es gibt vielleicht auch neben der Verfassung ein Leben, das gar nicht verfasst ist, gerade auf diesem schwierigen Spielfeld.

Sie haben ja sehr sympathische Zwischentöne gehabt, alle beide. Sie plädieren nicht für den Türkeibeitritt um jeden Preis. Sie plädieren nicht für die Ablehnung einer privilegierten

Partnerschaft zum Beispiel, ganz im Gegenteil. Wenn ich Ihre Positionen zusammenfassen will, sage ich, haben Sie eigentlich gar keinen Streit, sondern im Wesentlichen empfehlen Sie in etwa dieselbe Strategie. Bloß, Sie sagen: Nehmt sie nicht rein, und Sie sagen: Na ja gut, wenn sie eines Tages drin sind, dann seid nicht traurig darüber. Das würde ich einmal so als ein oberflächliches Fazit festhalten.

Aber ich würde ganz gerne Ihnen die Chance geben, dass Sie auf Herrn Güngör noch zwei, drei Minuten etwas sagen, und dann muss er natürlich die Chance bekommen, das auch zu tun.

Sylvie Goulard:

Vielen Dank zuerst für diese Möglichkeit. Zum Thema Laizismus. Ich wollte sowieso zu dem Thema zurückkommen. Sie haben vollkommen Recht, was Atatürk angeht. Aber es ist schon lange her. Wenn ich das Land „Iran“ genannt habe, war das nicht nur ein Witz, es war wirklich gemeint, dass der Zusammenhang des Islam heute anders ist. Und das müssen wir mit Leuten, die moderat sind, die an unsere Werte glauben, wirklich ehrlich diskutieren. Es darf nicht gelehnet werden, dass der Islam eher in eine Richtung geht

oder mindestens ein Teil des Islams in eine Richtung geht, die gefährlich ist, nicht nur für die europäischen Werte, sondern für die westlichen Werte insgesamt. Und das sollten wir diskutieren dürfen. Ich glaube heute abend können wir. Und ich will zwei konkrete Beispiele dieser schwierigen Entwicklung geben.

Erstens: Was ich in der Kommission und in Brüssel beobachtet habe, ist eben, dass die Europäische Union fordert, dass die Türkei sich demokratisiert. Das heißt, dass die Militärs keine Rolle mehr in den offiziellen Gremien spielen, die in einer Demokratie normalerweise zivil, also nicht in den Händen des Militärs, sein müssen. Da die EU dieses Ziel mit Recht anstrebt, ist die Konsequenz, dass diejenigen, die am stärksten den Laizismus bis jetzt verteidigt haben, aus diesen offiziellen Strukturen langsam verschwinden. Ich sage nicht, dass jeder gegen den Laizismus kämpfen will, aber man bemerkt manches. Vor kurzem zum Beispiel wollte Erdogan an die Spitze der Zentralbank jemanden aus der islamistischen Welt benennen, und sogar der Präsident der Republik Türkei hat es abgelehnt. Also was ist wirklich mittelfristig die Konsequenz der Forderungen der EU? Ist es eine Stärkung des Laizismus oder mindes-

tens die Beibehaltung des Laizismus, oder ist es eine Schwächung des Laizismus? Das sage ich nicht allein. In der englischen Zeitung „Financial Times“ gab es Anfang Dezember 2005 einen langen Artikel – das ist sehr interessant, weil die „Financial Times“ eher für den Beitritt der Türkei ist –, in dem diese Frage von einem britischen Journalisten, der nicht aus den französischen, vielleicht ein bisschen übertriebenen „Laïcité-Kreisen“ kommt, ganz genau gestellt wurde. Ich fand das sehr interessant, weil diese Frage wirklich eine Überlegung wert ist.

Zweiter Punkt. Die Türkei ist Mitglied einer Organisation, „Organization of the Islamic Conference“. Innerhalb dieser Organisation gibt es sehr seltsame Schlussfolgerungen. Im Juni 2004 hat die Türkei eine Erklärung unterzeichnet, in welcher alle Staaten – und das ist ein muslimischer Club, der nicht in Europa existiert, also alle Länder, die mit Islam zu tun haben – in der schwarz auf weiß stand, ich zitiere sinngemäß: „Die Beitrittsperspektive der Europäischen Union sollte nicht zur Folge haben, dass die Steinigung der Frauen nach der Sharia in Frage gestellt wird.“ Das steht auf der Website der Organisation. Das war in Istanbul, weil das eine rotierende Präsidentschaft ist, und

das war im Juni 2004.

Noch eine Bemerkung, immer im Rahmen dieser Organisation, über die Mohammed-Karikaturen. Die Stellungnahme war eher in die Richtung: Die Meinungsfreiheit, die Pressefreiheit darf nicht gegen die Religionsfreiheit stehen oder so ähnlich. Das halte ich für sehr schlimm und das muss in der Öffentlichkeit diskutiert werden, weil die Meinungsfreiheit, die Pressefreiheit etwas ist, was wir hier in Europa erworben haben. Das ist immer sehr schwierig zu verteidigen, und ich will wissen, was innerhalb von 15 Jahren in Europa passieren wird, wenn die Türkei Mitglied ist oder nicht.

Nächster Punkt. Was Sie über Nationalismus gesagt haben. Ich habe nie Angst vor dem deutschen Nationalismus gehabt. Ich bin nicht in der Schule in Aachen gewesen, aber ich fühle mich auch in Deutschland sehr wohl und ich habe kein Problem, da die Deutschen sich jetzt eher ein bisschen patriotischer fühlen. Ich habe überall Angst, wenn ich sehe, dass Menschen wieder in Kategorien des Nationalismus denken. In der Europäischen Union – das hat nichts mehr mit der Fußballmeisterschaft zu tun – erleben wir jetzt eine Zeit des Rückgangs. Es ist jetzt Mode, die so genannten nationalen Interessen

zu verteidigen, auch wenn es kurzfristig ist, wenn es sehr wenig Sinn hat, weil unsere Interessen verflochten sind. Aber das ist Mode, das ist die Tendenz, und ich bin besorgt. Man weiß, wie es anfängt, und keiner weiß, wo wir enden.

Vor 1914 hat auch Stefan Zweig in der „Welt von Gestern“ erzählt, wie wunderschön das österreichische Reich war. Sie dachten daran ins Theater zu gehen und das war friedlich und schön. Und ein paar Jahre später hatten wir den Krieg. Ich will nicht übertreiben. Was wir in Europa versuchen, ist einzigartig. Alte Nationen miteinander arbeiten zu lassen, ist schwierig. Es erfordert von uns allen etwas Mühe. Die Idee, dass ich am Sonntag vor meinem Fernseher total nationalistisch sein kann und am Montag Verständnis für die Probleme der Iren, der Polen, der Italiener habe, stört mich ein bisschen.

Wir brauchen eine Erziehung, die uns zwar immer noch eine gute Verbindung zu der eigenen Heimat gibt, die aber auch eine gewisse Distanz hat.

Und jetzt komme ich zu einem Thema – Sie werden sehen, nicht alles ist unstrittig: Armenien.

Warum stört mich die Position der Türkei gegenüber Armenien? Nicht nur, weil in Frankreich so viele Armenier leben, dass sowieso in der

Volksstimmung dieses Element eine sehr wichtige Rolle spielt. Aber vielmehr, weil die Union eine supranationale Union ist. Wer nicht das Element der Supranationalität akzeptiert, hat in Europa nichts verstanden. Wir haben in unseren Geschichten – wir Franzosen, die Deutschen, die Italiener, alle – wir haben unsere eigenen Fehler gemacht. Wir haben unsere Mörder, wir haben unsere Probleme. Ich will nicht moralisch urteilen. Ich sage nur, ein Land, das auf seine eigene Vergangenheit nicht mit einer gewissen Distanz schaut, kann nicht gut supranational arbeiten. Und das ist das, was mich stört. Wir brauchen von der Türkei mehr Ehrlichkeit. Tausende von Menschen sind ermordet worden, und ich kann mir nicht vorstellen, dass die Deutschen in der EU diesen Platz gefunden hätten, wenn sie die Probleme der eigenen Vergangenheit geleugnet hätten, oder die Franzosen, wenn sie die eigenen Probleme der Vergangenheit geleugnet hätten. Das ist für jeden gültig und das ist wichtig.

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter:

Ich bin ja bei Ihrem Vortrag schon dankbar gewesen, Frau Goulard, dass Sie auf das Problem der Erziehung und Bildung aufmerksam gemacht

haben. Das, was Sie dazu gesagt haben, hat ja ursächlich etwas zu tun mit dem, was unser Haus betreibt: Supranationalität, Internationalität, Europäisierung. Und ich höre das wohl und schreibe es den wenigen Politikern ins Stammbuch, die vielleicht heute Abend hier sind, damit sie es gut hören und auch umsetzen. Ich halte es für wichtig und ich glaube, dass die Minimalisierung – von Verweigerung will ich nicht sprechen – entsprechender Bildungsinhalte letztendlich nicht nur Europa, sondern überhaupt einer rationalen Auseinandersetzung mit der Politik den Ast absägt. Insofern ist der Hinweis über dieses Thema hinaus von großer Bedeutung. Auf der anderen Seite gibt es in der jungen Generation vielleicht auch ohne politische Bildung etwas urwüchsig Kosmopolitisches. Ich werde nie das erste Gespräch vergessen, das ich in Dresden mit einem jungen Assistenten geführt habe, der mich in die Innenstadt fuhr und dem ich die Frage stellte: „Als was fühlen Sie sich eigentlich?“ Dann sagte er: „Nu, ich bin ein Sachse.“ Dann sagte ich: „Na ja, diese Antwort würde ich in Bayern auch kriegen. – Sind Sie noch was?“ „Na ja“, sagt er, „ich bin eigentlich Europäer.“ Und das hat mich gewundert. DDR-Sozialisation. Ich bin eigentlich Europäer.

Deutscher wollte er nicht sein. Ich wollte wissen, ist er auch deutsch? Sage ich: „Fühlen Sie noch irgend etwas?“ „Nee“, sagt er, „wenn ihr Westdeutschen uns noch mehr so blöde Besatzungsleute herschickt, die von Tuten und Blasen keine Ahnung haben, dann fühle ich mich wieder als DDR-Bürger.“ Verstehen Sie, was ich erzählen will, ist die große Offenheit der jungen Generation für den internationalen Horizont. Und das halte ich für grundsätzlich hoffnungsfroh auch auf dem Hintergrund der Tatsache, dass ich wie Sie den Verfall der europäisch-historischen Kompetenz beklage. Wie ist das denn aus schwierigen Anfängen im Grunde alles so wunderbar geworden, dass wir das Wunderbare heute gar nicht mehr sehen. Trotzdem sind wir international und supranational, und die Leute reisen ja, wohin sie wollen, zu jeder Tages- und Nachtzeit, und kennen keine Grenzen mehr. Das finde ich positiv. Das dürfen wir auch nicht aufs Spiel stellen. Das sehe ich so wie Sie. Das sehe ich aber auch weniger herausgefordert. Ich glaube, die Herausforderungen liegen mehr auf fundamentalen normativen Gebieten, dort wo Sie sie hintun. Aber ich denke, Herr Güngör wird uns jetzt wieder sagen, das ist aus seiner Sicht

alles nicht so tragisch.

Baha Güngör:

Die OIC haben Sie eben erwähnt, die Organisation Islamischer Konferenz. 57 Mitgliedstaaten. Zwei aus Europa, Albanien und die Türkei – wenn wir die Türkei zu Europa zählen –, zwei aus Südamerika. Wissen Sie, was Sie zitiert haben, diese Passage kenne ich ehrlich gesagt nicht, aber ich werde mich da sicher noch sachkundig machen. Fest steht, dass diese Organisation einstimmig einen türkischen Islamwissenschaftler aus Istanbul zum Generalsekretär gewählt hat. Das haben sie nicht gemacht, weil die Türkei islamisch ist, sondern weil die vielen islamischen Staaten den Dialog suchen. Weil sie dort den Ausweg suchen aus Ihrer Abweisung wegen der Kategorisierung „Islam gleich Terrorismus... Islam gleich nicht westlich... Islam gleich Frauensteinigung...“ Wissen Sie, das ist die eine Seite.

Die zweite Seite ist die mit den Militärs. Ich muss jetzt immer Punkt für Punkt vorgehen. Ich komme noch zu Armenien. Ich kehre zurück zu Islam und Militärs. Als 2002 die AKP, also die Partei Erdogans, die Wahlen gewonnen hat, gab es viele Kommentare in Europa. „Wir brauchen uns um den Laizismus in der Türkei

keine Sorgen zu machen...“ – Schlagen Sie nach! – „Es gibt in der Türkei die ordnende Kraft der Armee.“ Überall haben die europäischen Politiker ähnliches gesagt, sie haben die Armee in den höchsten Tönen gelobt noch vor vier Jahren. Nachdem sie plötzlich festgestellt hatten, dass ein islamischer Extremist Ministerpräsident geworden war. Und der war nicht gewählt worden. Herr Erdogan – das wissen Sie ja alle nicht – stand nicht zur Wahl. Er war damals noch mit einem politischen Betätigungsverbot belegt, und sie haben in seiner Heimatstadt Siirt einen Betrüger, der einen Wahlkampf in seiner Stadt aus Europa per Telefon und per Fernsehaufzeichnung geführt hat, zum Abgeordneten wählen lassen. Er kam nach dem Wahlsieg in die Türkei, weil er dachte, er sei jetzt von der Abgeordnetenimmunität geschützt. Nachdem aber Erdogan legitimiert worden war, wurde er verhaftet und ins Gefängnis gesteckt. Dann wurde Erdogan nachträglich ins Parlament gewählt. Nachträglich ist er dann Ministerpräsident geworden. Er ist nicht am Wahltag zum Ministerpräsidenten gewählt worden. Aber um das zu verstehen, müssen Sie wissen, dass es in der Türkei wie in Deutschland nicht nur die Sozialdemokraten gibt – die sich immer wieder spalten,

wenn sie sich nicht verstehen –, sondern auch die rechten Parteien, die konservativen Parteien, spalten sich da, wenn sie sich nicht verstehen. Und das hat dazu geführt, dass diese Partei jetzt im Moment mit einer überwältigenden parlamentarischen Mehrheit regiert, aber nur 35 Prozent der Stimmen bekommen hat.

Warum? Weil es in der Türkei eine 10-Prozent-Hürde gibt. Eine 10-Prozent-Hürde muss eine Partei überspringen, damit sie überhaupt ins Parlament kommt. Das hat dazu geführt, dass dann die etablierten linken und rechten Parteien, die ja eigentlich fast deckungsgleiche Programme haben, diese 10-Prozent-Hürde nicht geschafft haben. Und dadurch wurden alle Stimmen, die in den Wahlkreisen nicht diesen Parteien zugerechnet werden durften, automatisch der nächsten stärksten Partei zugerechnet, und das ist Erdogans Partei. Das hat auch unter Kurden zu großen Problemen geführt, weil Kurden in ihren historischen und auch klassischen Siedlungsgebieten mit bis zu 50 Prozent Stimmenanteil eine prokurdische Partei gewählt haben, die aber nicht ins Parlament gekommen ist.

Ist das jetzt ein Grund, die Türkei zu kritisieren? Nein, das muss anders werden, und deshalb brauchen wir

die Diskussion.

Die Militärs wurden immer wieder als Garant für den Laizismus in der Türkei gelobt, und die Europäer sagen jetzt, die Militärs müssen abdanken, müssen sich in ihre Kasernen zurückziehen. Ich bin nicht dagegen; die Militärs haben ganz andere Aufgaben. Aber sagen Sie mal: Als Haider in Österreich mit demokratischen Mitteln an die Regierung kam, da haben die Europäer sich ja auch nicht gerade demokratisch verhalten. Sie haben Österreich vor die Wahl gestellt: Entweder geht Haider, oder es gibt Ärger mit uns. Wir dürfen nicht immer so doppelte Standards anwenden, wenn Sie mit der Türkei reden.

Das Problem Armenien. Sagen Sie einmal, wann ist das passiert? 1915/16. Was ist da passiert? Sehen Sie, ich habe jetzt sofort gespürt, wenn das Thema „Armenien“ kommt, wird sofort eine Spannung durch die Reihen gehen. Ich kann Sie ja verstehen. Diese Spannung kann ich verstehen, weil wir nicht genau wissen, was es in den Wirren des Krieges an Deportationen, an tatsächlichen oder vermeintlichen Mordgeschichten, Ermordung von Menschen gegeben hat, weil es keine wirklich historischen, zuverlässigen, internationalen, unabhängigen Berichte gibt, und weil

wir nicht wissen, was sich in den Weltkriegstagen wirklich ereignet hat. Die heutige Türkei war besetzt von Frankreich, von Großbritannien, von Griechenland, von Russland teilweise, Russen und Armenier sind ja in einigen Ecken auch paktiert gewesen. Also das ist ein Problem, das alles nachträglich jetzt, als geplanten organisierten Völkermord den Türken vorzuhalten. Dazu muss eben eine wirklich unabhängige, von der UN koordinierte internationale Kommission eingesetzt werden, die einen Bericht anhand der Archivmaterialien ermittelt, die ich nicht so kenne, dass ich hier sagen kann: Das war ein Völkermord oder das war kein Völkermord. Aber diese Frage müssen wir unter ganz anderen Gesichtspunkten diskutieren. Und das ist jetzt der Fall.

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter:

Jetzt sind wir an einem Punkt, der hochbrisant und hochemotional ist. Der aber meines Erachtens letztendlich die Zukunft nicht entscheiden wird, obwohl er über die Art und Weise, wie man an Probleme herangeht, schon manches sagt, das konzediere ich gerne. Aber ich würde vorschlagen, dass wir dieses Thema vielleicht nicht gerade zum Kernpunkt der Annäherung und vielleicht

auch des Beitritts oder Nichtbeitritts machen – so sehr ich mir wünsche, dass man das, was man auf dem Kerbholz hat, auch so offen und ehrlich diskutiert, wie wir Deutschen uns das eigentlich von Beginn an angewohnt haben.

Zum Abschluss will ich noch einmal kurz auf das Normative zurückkommen. Ich habe den Eindruck, dass die Diskussion im wesentlichen dadurch erschwert wird, dass bei uns in Europa eine Mehrheit ihre normativen Grundlagen nicht mehr kennt und nicht mehr ernst nimmt – speziell ihre religiösen, während wir in Bezug auf die Türkei und ihren Laizismus befürchten, dass eine Mehrheit zunehmend den ganz anderen Weg geht, nämlich eine fundamentalistisch orientierte religiöse Überzeugung wieder mehr ins Zentrum ihrer Lebens- und Politikführung zu rücken. Das ist der Punkt, der zumindest unsere Öffentlichkeit, die ja mehr aus dem Bauch argumentiert als aus dem Kopf, am meisten verunsichert, diese Annäherung an solche Orientierungen unter dem Gesichtspunkt des wenig sinnvollen Labels: Kampf der Kulturen.

Nun gut, ich will „den Sack nicht aufmachen“, aber ich möchte die Diskussion nicht beschließen ohne den dringenden Vorschlag, zwischen

Islam und Islamismus zu unterscheiden.

Ich danke den beiden Diskutanten für die interessante und anregende Auseinandersetzung, die mit diesem Abend sicher nicht zu Ende sein wird.